STADT BIELEFELD
- Sozial- und Gesundheitsausschuss -

Sitzung Nr.
SGA/005/2026
(2025-2030)

Niederschrift

über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses

am 15.09.2026

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:02 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Dr. Wolfgang Aubke	als Vertretung für Herrn Richter
Herr Vincenzo Copertino	
Frau Tanja Orlowski	
Herr Michael Weber	
Herr Ralf Wiedemann	

SPD

Frau Carina Brodehl	
Herr Heiko Hagemann	als Vertretung für Frau Krätschmer
Herr Markus Kollmeier	
Herr Ismail Tas	als Vertretung für Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Besiana Jakupi	als Vertretung für Herrn Hood
Frau Sarah Laukötter	als Vertretung für Herr Bauerdick
Frau Claudia Schmidt	

AfD

Herr Ricky Barylski	
Herr Dietrich Gipper	als Vertretung für Herrn Dr. Sander

Die Linke

Frau Angelika Beier	
Herr Dr. Dirk Schmitz	

FDP

Herr Linus Runge	ab 18:10 Uhr (TOP 9)
Herr Gregor vom Braucke	als Vertretung für Herrn Runge, bis 18:10 Uhr (TOP 8)

BSW

Herr Bernd Schatschneider	ab 18 Uhr

Beratende Mitglieder

Herr Özgür Aydin	Psychiatriebeirat, ab 17:15 Uhr
Herr Cihad Kefeli	ACI
Frau Andrea Knoke	Seniorenrat

Verwaltung

Herr Martin Adamski	Beigeordneter Dezernat 3
Frau Silke Aron	Amt für soziale Leistungen- Sozialamt
Frau Julia Harmsen	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Herr Ingo Nürnberger	Erster Beigeordneter Dezernat 5
Herr Sören Wiebusch	Stab Dezernat 5

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann	Amt für soziale Leistungen- Sozialamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Beier begrüßt die Anwesenden zur 5. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Sitzungsunterlagen stünden im Informationssystem zur Verfügung.

Zur **Tagesordnung** teilt Vorsitzende Frau Beier mit, dass nach Freischaltung der Einladung noch **ein Antrag** eingegangen sei, der ursprünglich an den AfUK gerichtet war, aber in die Zuständigkeit des SGA falle. Um diesen Antrag heute zu beraten, müsse die Tagesordnung um den **TOP 4.1 „**Aktueller Stand und bisherige Ergebnisse des Bielefelder Hitzeschutzkonzeptes (gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 07.09.2026)“, **Drs.-Nr. 1947/2025-2030** erweitert werden.
Dieser Erweiterung der Tagesordnung stimmt der Sozial- und Gesundheitsausschuss einstimmig zu.

Vorsitzende Frau Beier macht auf die weiteren Änderungen der Tagesordnung aufmerksam:
Zu **TOP 8** „Berichterstattung aus dem Kooperationsmodell Streetwork“ gibt es eine Beschlussvorlage. Sie ist unter TOP 8.1 „Stellenbesetzung im Streetwork (Beschluss des Psychiatriebeirates am 09.09.2026)“ mit der Drs.-Nr. **1981/2025-2030/1** im Informationssystem eingestellt.
Zu **TOP 9** liegt der „Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 14.09.2026 zu Drs.-Nr. 1828/2025-2030 Weiterentwicklung der Hilfen - Maßnahmen zur Reduzierung von Verelendung bei Menschen auf der Straße“ mit der Drs.-Nr. **2014/2025-2030** im Informationssystem vor.

Herr vom Braucke beantragt für **TOP 9 und 10 jeweils die 1. Lesung**, da seine Fraktion noch Beratungsbedarf habe.

Ohne weitere Änderungswünsche erklären sich die Anwesenden mit der geänderten Tagesordnung einverstanden.

Zu Punkt 1 Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 16.06.2026

Beschluss:

Die Niederschrift über die 4. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 16.06.2026 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Neuorganisation im Dezernat für Integration und Soziales: Zusammenlegung des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt - (500) und des Büros für Sozialplanung (540)**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss begrüßt Frau Aron als neue Amtsleitung und gibt ihr die Gelegenheit, sich kurz vorzustellen.

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 2.2 **Befragung pflegender Angehöriger in Bielefeld**

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 2.3 **Mietspiegel 2026**

- Der Ausschuss nimmt die Mitteilung sowie den Mietspiegel 2026 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 2.4 **Zusage der Fördermittel des Ministeriums für Schule und Bildung (MSB) für den Aufbau eines Familiengrundschulzentrums (FGZ) an der Wellbachschule**

Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 2.5 **Förderzusage für das Projekt „Mini-Move" in Sennestadt und Heepen**

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Entwicklung von Strom-, Gas- und Wassersperren in Bielefeld (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 09.06.2026)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1520/2025-2030

Herr Kollmeier fragt, inwieweit Mehrfamilienhäuser in Gänze betroffen seien und wer in diesen Fällen das Verschulden trägt, ob z.B. Wohnungsinvestoren Abschlagszahlungen der Mieter nicht weitergeleitet hätten.

Rückmeldung der Stadtwerke vom 23.09.2026:
Pro Woche gibt es im Durchschnitt etwa zwei bis fünf Allgemeinzählersperrungen in Mehrfamilienhäusern über alle Sparten. Die Verträge dieser Messeinrichtungen laufen in der Regel auf den Eigentümer, Verwalter oder eine Gesellschaft, die dann auch das Verschulden tragen, wenn sie die eingenommenen Mieten nicht zur Tilgung der offenen Energieforderungen aufbringen, was schließlich als Konsequenz zur Allgemeinzählersperrung führt. Die Auswirkungen spüren dann in der Regel die Mieter:innen, weil der Eigentümer nicht immer im selben Haus wohnt. Ist das aber der Fall, ist er oft auch bemüht, das Thema zu klären. In diesen Fällen handelt es sich nahezu immer um Privatpersonen.

Herr Dr. Schmitz möchte eine Erläuterung der Tabellenüberschrift „beauftragt“ in der 3. und 5. Spalte. Die Nachfrage wird mit dem Protokoll beantwortet.

Rückmeldung der Stadtwerke vom 21.09.2026:

- Gesperrt bedeutet, dass die Messeinrichtung gesperrt wurde. Der Monteur hat zurückgemeldet, dass er vor Ort die Energiezufuhr getrennt hat. Die blaue Spalte beinhaltet alle effektiv gesperrten Strom-, Gas- und Wasserzähler.
- Beauftragt bedeutet, dass der Sperrauftrag an den Monteur herausgegeben wurde. Die Messeinrichtung wurde noch nicht gesperrt. Hier kann es aber sein, dass wir keinen Zutritt bekommen, uns der Zutritt verweigert wurde, die Anlage mutwillig beschädigt und nicht gesperrt werden konnte und erstmal geprüft werden muss, etc.
- Das „Durchgeführt“ bezieht sich in der orangenen bzw. grünen Spalte immer auf das dazugehörige „beauftragt“ und bedeutet gleiches wie „Gesperrt“. Führt eventuell zur Verwirrung, weil wir für die Gesamtanzahl der durchgeführten Sperrungen keine Spalte mit „Beauftragt“ haben, da diese ursprünglich nicht gefragt war.

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 <u>Entwicklung der Sozialhilfeempfängerzahlen im Stadtgebiet (Anfrage der FDP-Fraktion vom 09.6.2026)</u>

<u>Beratungsgrundlage:</u>
Drucksachennummer: 1525/2025-2030

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 3.3 **Unterbringungs- und Notschlafplätze für wohnungslose Menschen (Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.09.2026)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1937/2025-2030

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **Aktueller Stand und bisherige Ergebnisse des Bielefelder Hitzeschutzkonzeptes (gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 07.09.2026)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1974/2025-2030

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss bittet die Verwaltung zum nächstmöglichen Zeitpunkt um eine umfassende Berichterstattung zum aktuellen Stand und zu den bisherigen Ergebnissen des Bielefelder Hitzeschutzkonzeptes unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen aus dem heißen Sommer 2026.

Der Bericht soll insbesondere darstellen,

- **welche Evaluationen des bestehenden Hitzeschutzkonzeptes bereits durchgeführt wurden und welche Erkenntnisse daraus gewonnen werden konnten,**
- **welche Anpassungen oder Weiterentwicklungen des Hitzeschutzkonzeptes auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen bereits geplant oder geprüft werden,**
- **welche konkreten Hitzeschutzmaßnahmen während der Hitzeperioden im Sommer 2026 ergriffen wurden und wie deren Wirksamkeit bewertet wird,**
- **welche statistischen Daten zu den Hitzeperioden des Sommers 2026 für Bielefeld vorliegen, insbesondere hinsichtlich Dauer und Intensität der Hitze sowie möglicher gesundheitlicher Auswirkungen sowie, falls bekannt der Zahl hitzebedingter Todesfälle**
- **ob und gegebenenfalls wann aufgrund der Hitzeperioden der Krisenstab oder vergleichbare verwaltungsinterne Koordinierungsstrukturen zusammengetreten sind und welche Maßnahmen beziehungsweise Entscheidungen daraus hervorgegangen sind.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5 **Allgemeinverfügung zur Untersagung des Inverkehrbringens von tabakfreien Nikotinbeuteln (mdl. Bericht)**

Vorsitzende Frau Beier begrüßt Herrn Dr. Lücke als Berichterstatter. Herr Dr. Lücke informiert über die geplante Allgemeinverfügung. Ihre Grundlage sei das Lebensmittelrecht und die Stadt Bielefeld handele hier auf Weisung. Die Allgemeinverfügung solle noch vor den Herbstferien erlassen werden.

- Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 6 **Zwischenbericht und Beschluss zum Konzept zur Stadttaubenregulierung**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1770/2025-2030

Beigeordneter Herr Adamski führt in die Vorlage ein und berichtet, dass Ovi-Stop seit ca. einem ¾ Jahr eingesetzt werde mit guten Ergebnissen.

Herr Dr. Schmitz bekräftigt die ablehnende Haltung seiner Fraktion. Herr Dr. Lücke bestätigt auf seine Frage, dass Taubeneier im Taubenwagen ausgetauscht würden. Sie würden durchleuchtet, um festzustellen, ob die Eier befruchtet seien.

Herr vom Braucke weist auf die eingesetzten Finanzmittel hin und fragt nach weiteren neueren Studien. Herr Dr. Lücke antwortet, die gebe es aktuell nicht.

Herr Copertino merkt an, dass für 2027 noch keine Haushaltsmittel zur Verfügung stünden. Eine Fortführung wirke sich auf das Ergebnis des Jahres 2027 aus. Beigeordneter Herr Adamski erläutert, dass das beschlossene Pilotprojekt am 31.12.2026 ende. Weitergehende Finanzmittel seien in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen.

Abschließend lässt Vorsitzende Frau Beier über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

a) Das Projekt in der aktuellen Form weiterzuführen.
b) Das Projekt um die Fütterung mit Ovistop an weiteren Stellen in der Fußgängerzone zu erweitern, vorbehaltlich der haushaltsbedingten Konsolidierungsmaßnahmen.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7 **Nadeshda - Theodora - Weiterführung des Beratungsangebotes für Prostituierte**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1795/2025-2030

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet kurz von den Verhandlungen mit den anderen Kommunen und bittet um die Unterstützung des Beschlussvorschlages. Auf die Frage von Herrn Weber antwortet er, dass es keine Vorbehalte zur inhaltlichen Arbeit gebe. Herr Queste beantwortet die Frage nach dem Verteilungsschlüssel der Finanzmittel: zu 75 % flössen die Einwohnerzahlen ein und zu 25 % die Beratungszahlen.
Erster Beigeordneter Herr Nürnberger antwortet Herrn vom Braucke, dass die Finanzmittel in der mittelfristigen Finanzplanung eingeplant seien.
Frau Schmidt und Herr Copertino halten das Angebot für eine wichtige und wertvolle Arbeit.

Beschluss:

Entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss:

1. die Fortführung der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Kreisen im Regierungsbezirk Detmold und der kreisfreien Stadt Bielefeld zur Finanzierung der Beratungsstellen Nadeshda und Theodora im Rahmen einer zu verlängernden Kooperationsvereinbarung für den Zeitraum 01.01.2027 – 31.12.2028.

2. die Förderung auf dem Stand von 2026 als Festbetragsfinanzierung fortzuführen. Dies entspricht einem Gesamtbetrag von 340.881,00 € pro Jahr, von dem 67.559,69 € auf die Stadt Bielefeld entfallen. Die erforderlichen Finanzmittel sind bereits in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8 **Berichterstattung aus dem Kooperationsmodell Streetwork**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1827/2025-2030 und 1981/2025-2030/1

Vorsitzende Frau Beier begrüßt Frau Smaga und Herrn Gerber, die über das Kooperationsmodell Streetwork berichten. Sie weisen u.a. auf die Streetwork-Pop-Up-Ausstellung hin, die Einladung ist als „**Anlage 1** TOP 8 Einladung-Pop-Up-Ausstellung-Streetwork_0“ im Informationssystem eingestellt. Die Empfehlungen am Ende des Streetwork-Berichtes seien

aus Gesprächen mit den Zielgruppen, aus Wahrnehmungen der Fachkräfte sowie aus dem Austausch mit anderen Kommunen z.B. zu Best-Practice-Modellen abgeleitet worden.

Frau Beier und Herr Kollmeier bedanken sich für den Bericht und die Arbeit der Streetwork.

Auf die Frage von Hern Dr. Aubke antworten Herr Gerber und Frau Smaga, dass die Klient*innen häufig mobilitätseingeschränkt wären und somatische Erkrankungen hätten. In diesem Jahr seien 16 Personen aus dem begleiteten Personenkreis verstorben, das seien so viele wie noch nie. Oftmals fehlte es an einer Krankenversicherung, so dass die Angebote von Streetmed und die Wundsprechstunde des Drogenhilfezentrums wichtig seien. Auch sei die Streetwork mit den Krankenhäusern vernetzt und schule sowohl Rettungssanitäter*innen als auch Ordnungskräfte hinsichtlich der Zielgruppen.

Frau Hopster erinnert an die Diskussion bezüglich der Subsidiarität bei der Einrichtung des Kooperationsmodells. Sie stellt fest, dass es die richtige Entscheidung gewesen sei, es als Kooperationsmodell aus Kommune und Trägern weiterzuführen. Sie meint, dass das Modell verstetigt werden solle.
Frau Hopster fragt nach Begleitungsmöglichkeiten, die die Streetworker*innen auffangen würden. Herr Gerber antwortet, dass die Möglichkeit bestehe, Supervision zu nutzen.

Er bestätigt den Hinweis von Frau Knoke, dass wohnungslose Personen älter würden und dies u.a. barrierefreie Unterbringungsmöglichkeiten erfordere. Es gebe Handlungsbedarf für die Menschen, die aufgrund ihrer schlechten Verfassung in eine Pflegeeinrichtung gehörten, dafür aber zu jung wären oder bei denen andere Hinderungsgründe vorlägen.

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage 1827/2025-2030 zur **Kenntnis**. –

Vorsitzende Frau Beier bedankt sich für die Berichterstattung und leitet zur Beschlussempfehlung des Psychiatriebeirates zur Stellenbesetzung im Streetwork über.

Stellenbesetzung im Streetwork (Beschluss des Psychiatriebeirates am 09.09.2026)

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf den formalen Umgang mit Beschlüssen der Beiräte und erläutert die aktuelle Stellensituation im Streetwork. Herr Wiebusch teilt mit, dass unmittelbar vor der SGA-Sitzung seitens des Kämmerers erklärt wurde, dass er einem Wiederbesetzungsantrag zustimmen wolle. Die Anwesenden stellen nach ausführlicher Beratung fest, dass damit eine Aufhebung der Wiederbesetzungssperre durch den Rat obsolet sei.

Daraufhin wird der Beschlussvorschlag des Psychiatriebeirates geändert und der folgende Beschluss gefasst:

Abweichender Beschluss:

Auf Empfehlung des Psychiatriebeirates bittet der Sozial- und Gesundheitsausschuss den Kämmerer, die vakante Stelle der Streetwork der Stadt Bielefeld trotz Haushaltssperre schnellstmöglich zu besetzen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9 **Weiterentwicklung der Hilfen - Maßnahmen zur Reduzierung von Verelendung bei Menschen auf der Straße**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1828/2025-2030 und 2014/2025-2030

Vorsitzende Frau Beier begrüßt Herrn Wiebusch als Berichterstatter.

Dieser erläutert die aktuellen Entwicklungen und stellt die vier Beschlusspunkte der Vorlage vor.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 14.09.2026 zu Drs.-Nr. 1828/2025-2030 Weiterentwicklung der Hilfen - Maßnahmen zur Reduzierung von Verelendung bei Menschen auf der Straße

Frau Schmidt begründet den Änderungsantrag. Sie halte es aus fachlicher Sicht für unwahrscheinlich, dass ein Wechsel der Aufenthaltsfläche bzw.- räume zeitnah gelänge. Daher seien die vom Sozial- und Gesundheitsausschuss beschlossenen Unterstände im Stadthallenpark notwendig.

Herr Dr. Schmitz merkt an, dass seine Fraktion ebenfalls die Streichung des letzten Satzes von Beschlusspunkt in der BV Mitte beantragt habe. Seine Fraktion werde sich dem Antrag von Bündnis90/Die Grünen anschließen.

Herr Copertino erklärt, dass seine Fraktion bereits heute über die Vorlage beschließen könne, aber den Antrag der FDP auf 1. Lesung nachvollziehen könne. Er fragt, unter welchen der vier Beschlusspunkte er die Übergangsregelung für EU-Bürger*innen im Hilfesystem für eine verbesserte Perspektivklärung und Rückreiseberatung subsumieren könne. Dazu antwortet Erster Beigeordneter Herr Nürnberger, dass ihn unter anderem die unsichere Besetzungs-Situation im Streetwork davon abgehalten habe, hierfür einen konkreten Beschlussvorschlag zu formulieren. Es gebe zu dem Thema erste Ideen, aber noch kein fertig ausgearbeitetes Konzept, wie mit vorhandenen Ressourcen ein sog. „Rückführmanagement“ möglich gemacht werden könne. Hieran werde weitergearbeitet, um einen Vorschlag vorstellen zu können.

Herr Taş informiert über ein Gespräch des Bezirksbürgermeisters mit den

Gastronomen rund um die „Tüte“, die an einer Lösung des Problems interessiert seien.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger antwortet auf die Frage von Herrn Wiedemann, wer denn zur „Bielefelder Szene“ gehöre, dass es nicht allein um eine Bielefelder Meldeadresse gehe, sondern darum, ob sich die Personen gewöhnlich und länger in Bielefeld aufhielten, sei es als sogenannte “Sofaschläfer*innen“ oder sogar obdachlose Menschen. Ihr Hilfebedarf sei bekannt und die notwendige Flexibilität für ihre Unterstützung werde z.B. durch die 90/10-Regelung des Drogenhilfezentrums erreicht.
Herr Wiebusch ergänzt, dass es hierzu auch über den Suchthilfekoordinator Austausch mit den Nachbarkommunen gäbe. Diese stünden vor denselben Herausforderungen.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger ergänzt die Diskussion mit dem Hinweis auf einen Beschlussentwurf für den Vorstand des Städtetages NRW als „**Anlage 2** TOP 9_Beschluss_Vorstand des Städtetages NRW_Crackkonsum“. Unter Punkt 4. des Beschlussentwurfes wird das sogenannte „Züricher Modell“ unterstützt, indem „größere Handlungsspielräume“ […] „für den Betrieb von Konsumräumen und einem hier stattfindenden Mikrohandel“ gefordert werden. Unter Punkt 5. würden z.B. Erprobungsklauseln erbeten.
Beigeordneter Herr Adamski widerspricht dem aus Sicht der Polizei und des Kommunalen Ordnungsdienstes. Er schließe sich der Position des Innen- und des Justizministeriums NRW an, welche den Mikrohandel in entsprechenden Einrichtungen nicht vorsehe.

Vorsitzende Frau Beier dankt für die Aussprache und hofft, dass sie der FDP bei der weiteren Beratung helfe. Wegen der beantragten 1. Lesung wird die Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drs.-Nr. 2014/2025-2030 und die Beschlussvorlage mit der Drs.-Nr. 1828/2025-2030 auf die nächste Sitzung verschoben.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 10 Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1912/2025-2030

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger führt in das Thema ein.

Herr Dr. Aubke dankt für und unterstützt den Vorschlag der Verwaltung, insbesondere die Verlängerung der LuF-Periode von 3 auf 5 Jahre.

Frau Schmidt bittet darum, für die Abstimmung über die Vorlage eine mögliche Befangenheit ihrerseits zu prüfen. Das sagt Erster Beigeordneter Herr Nürnberger zu.

- 1. Lesung –

-.-.-

Zu Punkt 11 **<u>Fortschreibung des schlüssigen Konzeptes - neue Kosten der Unterkunft ab 01.08.2026</u>**

<u>Beratungsgrundlage:</u>
Drucksachennummer: 1857/2025-2030

Herr Dr. Schmitz stellt konkrete Fragen zum aktualisierten schlüssigen Konzept. Er sagt zu, diese Fragen schriftlich einzureichen, damit sie bis zur nächsten Sitzung beantwortet werden.
Er meint, solange das schlüssige Konzept nicht schlüssig sei, müsse die Stadt Bielefeld auf daraus resultierende Maßnahmen verzichten.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger sagt zu, dass diese Hinweise geprüft und zusammen mit dem Gutachter geklärt würden.

- - - - - - - - - - - - - - *Hinweis der Schriftführung* - - - - - - - - - - - - - - - - - -
Die am 09.10. eingereichten Fragen sind als „**Anlage 3** Offene Fragen zu TOP 11 - SGA 15.09.2026“ im Informationssystem eingestellt. Sie werden in der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschuss behandelt.

- -

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage 1821/2025-2030 zur **Kenntnis**. –

-.-.-

Zu Punkt 12 **<u>Benennung von Mitgliedern des Psychiatriebeirates</u>**

<u>Beratungsgrundlage:</u>
Drucksachennummer: 1791/2025-2030

<u>Beschluss:</u>

Nach Nr. 4 Satz 4 der Satzung für den Psychiatriebeirat der Stadt Bielefeld vom 17.06.2025 wird Frau Edith Lallathin-Keuper als Mitglied des Psychiatriebeirates ernannt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Ausblick**

Frau Aron berichtet über drei ausstehende Aufträge an die Verwaltung:

- Die Ergebnisse zum Prüfauftrag „Verbesserung der zahnmedizinischen Versorgung von pflegebedürftigen Menschen (Antrag der Fraktion Die Linke vom 05.06.2026)“, Drs.-Nr. 1480 würden in der November-Sitzung vorgestellt. Die Abfrage der WTG-Behörde bei den Einrichtungen sei erst zögerlich beantwortet worden. Eine Datenlage über die zahnmedizinische Versorgung von Pflegebedürftigen, die durch ihre Angehörigen versorgt werden, gebe es nicht. Für eine Datenabfrage bei den Zahnarztpraxen fehle der Stadt Bielefeld die rechtliche Grundlage, ergänzt Frau Harmsen.
- Zur Novembersitzung würden die beiden Bielefelder Frauenhäuser für eine Berichterstattung eingeladen.
- In der nächsten Sitzung werde es eine Beschlussvorlage zu den Quartiersmanagements Ummeln, Stieghorst und Heepen geben, um die Quartiersbetreuung im Hinblick auf die auslaufenden Verträge sicherzustellen. Aktuell würden hierzu Gespräche mit der AWO und dem SkF geführt.

-.-.-

Vorsitzende Frau Beier stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

-.-.-

Vorsitzende Frau Beier schließt die Sitzung um 19:02 Uhr.

gez. gez.

Angelika Beier Britta Zimmermann